Antragsvorlage
Wahlperiode 2020/2025

Drucksache **A/17/5624-02**
Status **öffentlich**
Freigabedatum **15.01.2025**

Antragsteller/-in: LINKE.LISTE-Fraktion

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Die Linke. Liste Fraktion im Rat gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt hier: StVO-Novelle nutzen. Verkehrswende voranbringen Antrag zur Vorlage A/17/5624

Beratungsfolge

Beschlussvorschlag
Der Rat der Stadt beschließt:

1. Die Verwaltung prüft, wo Tempo-30-Abschnitte als Lückenschluss zwischen zwei Geschwindigkeitsbegrenzungen möglich sind und legt dem Rat bis zum Jahresende eine Liste vor. Dies soll Lücken bis zu 500 m betreffen.

~~2. Die Stadtverwaltung prüft, wo durch die neue StVO weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen möglich und sinnvoll sind, und legt dem Rat zeitnah eine Liste vor.~~

3. Die Stadtverwaltung prüft, wo neue Flächen für den Fahrrad- und Fußgängerverkehr genutzt werden können, die bisher dem Autoverkehr vorbehalten waren und legt dem Rat bis zum Jahresende eine Liste vor.

~~4. An viel befahrenen mehrspurigen Straßen werden Bussonderfahrstreifen eingerichtet. Es wird eine Evaluation durchgeführt, bei der geprüft wird, ob sich bei den betroffenen Linien Verspätungen vermeiden lassen.~~

5. In der OberhausenApp wird eine Möglichkeit für Bürger:innen eingerichtet, um Straßen oder Stellen zu melden, an denen aus eigener Wahrnehmung ein neuer Fußgängerüberweg und/oder eine Querungshilfe für Menschen mit Handicap zur Verbesserung der Mobilität und Sicherheit beitragen können.
   Einmal im Jahr werden die mehrfach genannten Straßen oder Stellen den Bezirksvertretungen zur Kenntnis vorgelegt. Weitere Beschlüsse können durch die Bezirksvertretungen eingeleitet werden.

Bezug
Kein Bezug

Sachverhalt
Mit der neuen StVO gibt die Bundesregierung den Kommunen einige neue Handlungsspielräume, um den Verkehr in Richtung klimafreundliche Mobilität auszurichten. Auch wenn klar ist, dass die Neuerungen für eine Umfassende Mobilitätswende nicht 4ausreichen werden, ist es sinnvoll die neu geschaffenen Handlungsspielräume zu nutzen.

Die Oberhausener Stadtplanung ist immer noch zu sehr auf die Idee einer autogerechten Stadt ausgerichtet. Stattdessen benötigen wir eine Stadt die den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen, die mit unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen gerecht werden. Dafür müssen Alternativen zum motorisierten Individualverkehr gestärkt werden.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen den Verkehr in der Stadt beruhigen und neue Räume für alternative Mobilität eröffnen. Das vorgeschlagene Meldetool für die Bevölkerung soll einen Schritt in Richtung einer fußgänger:innenfreundlichen Stadt gehen, in der kurze Wege gerne zu Fuß gegangen werden.

Anlage/n
Keine